

ORIGINAL SOZIAL

www.linke-odenwald.de



Erich Krichbaum

Helga Marx

Peter Bosse

Elke Löll

Stephan Krieger

Der Reichtum in unserem Land ist extrem ungerecht verteilt und damit auch die Chancen für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Während Banken und Konzerne wieder satte Gewinne machen und ein kleiner Teil der Bevölkerung einen schier unglaublichen Wohlstand erreicht hat, wächst die Armut, insbesondere bei arbeitslosen Menschen, aber auch bei solchen, die trotz Vollzeitarbeit auf soziale Hilfe angewiesen sind. Zunehmend mehr Menschen müssen Lohnkürzungen oder gar den Verlust des Arbeitsplatzes fürchten.

Auch im Odenwald ist Armut mittlerweile ein wachsendes Problem. Allein rund 1800 Kinder leben hier z.B. in Hartz IV - Familien.

Zentrale Wahlveranstaltung

16. März 2011, 19:30 Uhr
Gasthaus „Zum Deutschen Haus“
Bahnhofstr. 20, Michelstadt

mit **Janine Wissler**,
Fraktionsvorsitzende im
Hessischen Landtag
und **Sabine Leidig**,
Mitglied Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag

DIE LINKE.

Menschen vor Profite

Die Kommunen sind für die soziale Daseinsfürsorge verantwortlich. Aber das dafür nötige Geld wird - verursacht durch die Politik von Bund und Land Hessen - immer knapper. Die Lebensqualität im Landkreis droht sich für viele zu verschlechtern. Um wenigstens seine gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen zu können, muss der Kreis immer höhere Kredite aufnehmen. Dafür erscheinen in anderen Bereichen Kürzungen und Sozialabbau unvermeidbar.

Was kann im Odenwald getan werden? Darüber hinaus setzen wir uns ein für

- kreisweite Untersuchung zu den Ursachen von Armut und insbesondere Kinderarmut im Odenwaldkreis
- ehrliche Statistik über die Arbeitslosigkeit, die z. B. auch diejenigen Personen als arbeitslos wertet, die in so genannten Qualifizierungsmaßnahmen „versteckt“ werden und auch solche, die trotz Vollzeitbeschäftigung zusätzlich Hartz IV benötigen
- Das Kommunale Jobcenter soll Menschen nur noch in Beschäftigungen vermitteln, bei denen die Löhne vergleichbaren Tarifen entsprechen.
- Bei Ermessensspielräumen im Leistungsbereich soll grundsätzlich zugunsten der betroffenen Menschen entschieden werden.
- Ein-Euro-Jobs nur für einen eng begrenzten Zeitraum und nur für wirklich zusätzliche Arbeiten. Sie dürfen keine regulären Arbeitsverhältnisse ersetzen. Dauern sie länger, müssen sie in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden.
- Der Kreis soll seine Bediensteten wieder selbst einstellen (z.B. Reinigungspersonal) und sie nach Tarif bezahlen.
- Leiharbeit soll nur in Anspruch genommen werden, wenn Tariflöhne bezahlt werden.
- keine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und öffentlichen Eigentums
- die Ausgabe eines Sozialpasses an alle Menschen, die unterhalb der Armuts-grenze leben müssen. Mit ihm sind verbilligte Gebühren für Theater, Kino, Museen, Schwimmbäder und Veranstaltungen der Volkshochschule sowie ermäßigte Fahrkarten bei Bahn und Bussen im Bereich des Odenwaldkreises verbunden.
- einen bezahlbarer öffentlichen Nahverkehr in alle Orte des Kreises
- Übernahme der Fahrtkosten zu weiterführenden Schulen für Jugendliche aus Hartz IV Familien
- Erhalt der Schwimmbäder, Bibliotheken, Sportstätten, Museen und wohnortnahe Jugendeinrichtungen
- die Erhaltung der kleinen Grundschulstandorte
- die Entwicklung der Schulen zu Ganztagschulen
- den Ausbau dezentraler Unterstützungssysteme bei Krankheit und Pflege vor Ort



Umwelt

Die Atomenergie birgt unkalkulierbare Risiken, die Entsorgungsfrage ist ungelöst, der Strahlenmüll belastet alle nachfolgenden Generationen. Diese Technologie ist absolut unverantwortlich. Die wachsende Abhängigkeit von großen Energiekonzernen macht ein Umsteuern immer schwieriger. Zugleich fordert der Klimawandel zum Handeln heraus.

Was kann im Odenwald getan werden?

- Der Energiesektor gehört als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück in kommunale Hand.
- Der Odenwaldkreis soll schrittweise von Atomstrom und Großkonzernen unabhängig werden.
- Der Bedarf soll ausschließlich durch einen Mix aus erneuerbaren Energien und der verstärkten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung gedeckt werden.
- Wichtigster Energieträger wird (neben dem Biogas) die Windkraft sein.
- Sie soll mit Nachdruck ausgebaut werden. Dazu sind Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu schaffen.
- Flächen, die für Windkraftanlagen geeignet sind, sollen in Flächennutzungsplänen ausgewiesen werden, um die Standortauswahl beeinflussen zu können.
- Der Odenwaldkreis soll die Umstellung von Heizanlagen auf Erd- oder Luftwärmepumpen z. B. durch gute Fachberatung oder Zuschüsse voran bringen. Dabei kann er bei eigenen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen, auf jeden Fall bei Renovierungen oder Neubaumaßnahmen.
- Als kurzfristige Maßnahme kann in Schulen und anderen kreiseigenen Gebäuden der Strom- bzw. Gasbezug auf dem freien Energiemarkt sehr viel günstiger gedeckt werden. Dies kann den Kreishaushalt spürbar entlasten.
- Im Rahmen einer neu entwickelten regionalen Energiepolitik müssen z.B. die vorhandenen, problemlos arbeitenden kleinen Blockheizkraftwerke erhalten bzw. erweitert und sinnvoll in dezentrale Systeme integriert werden.



Verkehr

PKW und LKW gehören zu den wichtigsten Verursachern des Klimawandels. Zudem ersticken immer mehr Ortschaften im Straßenverkehr, Menschen leiden unter Lärm und Abgasen.

Berufspendler haben mit dem Auto immer längere Fahrzeiten, öffentliche Verkehrsmittel fahren zu selten und sind nicht flächendeckend. Die Fahrpreise sind zu hoch und nicht recht durchschaubar. Die Schulbusse sind zu voll, für ältere Leute aus den Dörfern gibt es praktisch keine Reisemöglichkeiten. Dennoch binden Straßenbau und Autoverkehr einen großen Anteil kommunaler Geldmittel.

Was kann im Odenwald getan werden?

- Der flächendeckende Ausbau eines bezahlbaren Personennahverkehrs in öffentlicher Hand ist vorrangige Aufgabe. Dabei lehnen wir weitere Privatisierungen ab.
- Die Odenwaldbahn muss - insbesondere in Schwerpunkzeiten - häufiger verkehren.
- Unvermeidbare Fahrpreiserhöhungen müssen transparent gemacht werden.
- Die Verbindungen zwischen Gersprenz- und Mümlingtal müssen ausgebaut werden. Auch Menschen in kleinen Ortschaften dürfen nicht länger vom

öffentlichen Personennahverkehr ausgeschlossen bleiben.

- In den Schulbussen soll jedem Kind ein Sitzplatz zur Verfügung stehen. Abgelegene wohnende Kinder sollen bei Bedarf mit Kleinbussen oder Taxis befördert werden.
- Auf die geplante Umgehungsstraße in Erbach soll verzichtet werden. Um Erbach zu entlasten, muss anderen Lösungen der Vorzug gegeben werden.
- Teile des Güterverkehrs müssen zurück auf die Schiene verlegt werden. Das gilt auch für die Post, für den Mülltransport oder für Firmenprodukte, die den Odenwald verlassen.
- Personen und Güterverkehr sollen zusammengeführt, Ortsdurchfahrten vom Schwerlastverkehr entlastet werden.
- Enge Ortsdurchfahrten müssen so weit wie möglich für den Schwerlastverkehr gesperrt werden.
- Für die Innerortsbereiche sind intelligente und innovative Lösungen zu suchen, beispielsweise Kreisverkehre anstelle von Ampelanlagen oder für Fahrradtaxis und Elektrofahrzeuge offene Fußgängerzonen.
- Um interessierte Bürger zu beteiligen wird eine Steuerungsgruppe Verkehrsplanung eingerichtet.

Jugend

Viele Jugendlichen, insbesondere solche mit schwierigem sozialen Hintergrund, fühlen sich unverstanden und perspektivlos. Die Schule hat für sie keinen konkreten Bezug, da sie keine Aussicht auf eine Lehrstelle oder eine andere vernünftige Erwerbsarbeit sehen. Daher sind sie nicht motiviert und auch nicht bereit, sich irgendwo zu engagieren. Sie erleben vielmehr, dass die wenigen Möglichkeiten, die sie haben, abgebaut oder eingeschränkt werden. Stellen von Jugend-Sozialarbeitern werden ganz oder teilweise gekürzt, manche der vorhandenen Einrichtungen sind in ihrem Bestand gefährdet.

Was kann im Odenwald getan werden?

- Die Jugendlichen müssen selbst mehr zu Wort kommen. (jedoch nicht nur über

die Schülervertreter). Dazu braucht es mehr Treffpunkte mit Beratungsmöglichkeiten und den Ausbau der Jugendsozialarbeit.

- Es gilt, ihnen Aktionsfelder zu eröffnen, z.B. Räume für selbst verwaltete Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, bezahlbare Musikveranstaltungen, Tanzkurse und andere künstlerische Aktivitäten zu ermöglichen aber auch jugendliche Bands zu fördern und ihnen Auftrittsmöglichkeiten zu schaffen.
- Erwirtschaftete Überschüsse müssen in das jeweilige Projekt zurückfließen.
- In Zusammenarbeit mit den Schulen und anderen Stellen sind insbesondere Hauptschülern echte Anreize für bessere Schulleistungen zu bieten, z.B. Eintrittskarten zu besonderen Konzerten oder Sportveranstaltungen.

Bildung

Die wichtigste Zukunftsinvestition besteht darin, für möglichst viele Menschen einen guten und umfassenden Bildungsstandard zu erreichen. Kinder aus armen, weniger gebildeten oder zugewanderten Familien sind jedoch von vorn herein benachteiligt.

Was kann im Odenwald getan werden?

- Mittelfristig werden die Kindergartenbeiträge abgeschafft.
- Kinderbetreuung auch für unter drei Jährige wird ausgebaut.

- Der Besuch aller Kinder im Kindergarten wird angestrebt und gefördert.
- Vor Ort wird die erforderliche kostenlose Hausaufgabenhilfe organisiert.
- Nachmittagsbetreuung und Ganztagschule werden gefördert.
- Die bauliche Ausstattung der Schulen muss erhalten bzw. den Bedürfnissen angepasst werden.
- Schulschwimmbäder dürfen nicht geschlossen werden.



Zentrale Wahlveranstaltung:

Mittwoch, den 16. März 2011 um 19:30 Uhr

im Gasthaus „Zum Deutschen Haus“
Bahnhofstr. 20, 64720 Michelstadt

mit **Janine Wissler**,
Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag

und **Sabine Leidig**,
Mitglied der Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag

COUPON

Ich möchte im Wahlkampf helfen

Mehr Infos erhalten

Mitglied werden

Vorname:

Name:

Adresse:

E-Mail:

Tel.:

DIE LINKE. Odenwaldkreis

V.i.S.d.P: Lothar Löll

Bahnhofstr. 61, 64743 Beerfelden

Tel.: 06068/941868

E-Mail: buero@linke-odenwald.de

Internet: www.linke-odenwald.de

Fotos: H. Hellweg (Titel), pdh Hörnlein (S. 3+4), L. Löll (S. 5+7)

DIE LINKE.

Schuldenbremse heißt Sozialabbau

Im Dezember 2010 beschloss eine breite Koalition aus CDU, SPD, FDP und Grünen im hessischen Landtag die Einführung einer so genannten „Schuldenbremse“ in die Hessische Verfassung. Dazu ist eine Volksabstimmung notwendig. Ein breites gesellschaftliches Bündnis sowie DIE LINKE als einzige parlamentarische Opposition lehnt diese so genannte „Schuldenbremse“ ab! Sie soll als Blankoscheck für weiteren Sozialabbau dienen.

Falsch verstandene Generationengerechtigkeit

Von den neoliberalen Parteien wird der Eindruck erzeugt, dass nachfolgende Generationen „unsere“ Schulden „erben“ würden. Tatsächlich erben spätere Generationen auch moderne Schulen, ein ausgebautes Nahverkehrssystem, erneuerbare Energieerzeugung oder einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst. Oder eben nicht – wenn durch eine Kreditsperre Investitionen in ein gutes Bildungssystem und eine ökologisch ausgerichtete Infrastruktur verhindert werden.

Die Bremse versagt

Die so genannte „Schuldenbremse“ wird ihrem Namen nicht gerecht. Solange die Steuersenkungspolitik für Reiche, Konzerne, Hoteliers und Banken durch die Bundesregierung fortgesetzt wird, werden dem Staat notwendige Einnahmen fehlen, die durch weiteren Sozialabbau ausgeglichen werden müssten.

Die Verhältnisse der anderen

Der schwerste Vorwurf ist jedoch der, die Kommunen hätten über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun sparen. Von CDU, FDP, SPD und Grüne wurden vielmehr über unsere Verhältnisse Steuern gesenkt! Und zwar bei Reichen, Banken und Konzernen. Diese Politik hat dazu geführt, dass die Steuerausfälle im Jahr 2010 bei über 50 Mrd. Euro lagen. Diese Steuerentlastungen kamen jedoch nur Spitzenverdienern, Konzernen und Hoteliers zugute, während die Löhne in Deutschland zwischen 2000 und 2009 um 4,5 % zurückgingen.

Das Land Hessen hat durch diese Steuersenkungen seit 1998 etwa 10 Milliarden Euro Einnahmen verloren. In nur zwölf Jahren wurden so mehr als ein Viertel der Hessischen Staatsschulden in Höhe von 38 Milliarden Euro verursacht.

Steuersenkungsbremse statt Investitionsbremse

Statt einer „Schuldenbremse“ bräuchte es eine Steuersenkungsbremse für Reiche, Gutverdienende und Konzerne, um ein handlungsfähiges Hessen weiterhin zu gewährleisten.

Zahlen und Fakten

Vermögen vs. Schulden

1,88 Billionen Euro Staats-schulden.

6,6 Billionen Euro private Vermögen.

4 Billionen Euro des privaten Vermögens gehören den reichsten 10% der Bevölkerung.

Hessische Steuerausfälle

Hessen fehlten 2010 fast 1,4 Mrd. Euro durch die Steuersenkungspolitik seit 1998.

Den hessischen Kommunen zusätzlich noch einmal fast 1,2 Mrd. Euro.

Vermögenssteuer

Keine Vermögenssteuer in Deutschland seit 1999.

Spitzensteuersatz und Unternehmenssteuern wurden gesenkt und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erlassen. Dadurch bedingte Steuerausfälle 2010: Über 50 Mrd. Euro.

Lohnentwicklung

Zwischen 2000 und 2009 gingen die Löhne in Deutschland preisbereinigt um 4,5 Prozent zurück.

Landeshaushalt

Landeshaushalt Hessen 2011: 21,1 Mrd. Euro. Davon 2,3 Mrd. kreditfinanziert.